



220 EAST 42nd STREET
NEW YORK, N.Y. 10017

TELEPHONE: (212) 850-5631

CABLE ADDRESS: UNFPA · NEW YORK

TELEX # 422031
422038

REFERENCE:

June 18, 1986

Mr. P. Aylwin
President
Partido Demócrata Cristiano
Santiago, Chile

Dear Mr. Aylwin,

I should like to thank you again for your attendance at the International Round-Table on Population, Development and Peace in Vienna, 16-17 June, 1986, which was so successful.

For your information I am sending you attached copy of the statement unanimously adopted as well as some newspaper clippings of today.

I look forward to continued cooperation.

With warm personal regards

A handwritten signature in red ink, appearing to read 'Hans Janitschek', with a large, stylized flourish at the end.

Hans Janitschek

www.archivopatricioaylwin.cl

4201



FINAL VERSION

Vienna: Statement on Population, Development and Peace

The participants of the Round-Table on Population, Development and Peace belonging to the member parties of the Christian Democratic International, the International Democrat Union, the Liberal International and the Socialist International, meeting in Vienna on June 16 and 17 under the auspices of the United Nations Fund for Population Activities (UNFPA),

Considering that men and women are the focal point of all activities aimed at preserving and enriching their dignity and well-being,

affirm that

- The issues of population, development and peace are closely interrelated
- Human resources are a vital factor with regard to development
- Peace can only be ensured if consensus is achieved among governments on a true and lasting structure of international cooperation
- The imbalance between development process and population growth is one of the major contributing factors to inhuman conditions of life in many areas

The participants strongly believe that the success of population programmes depends on their acceptance by individual men and women with due regard for human rights and that national sovereignty in population matters is to be respected at all times. At the same time, there is growing understanding now that the moderation of global population growth accompanied by development and social justice will be beneficial to mankind, and the participants urge strengthening of multilateral cooperation in the field of population through UNFPA, working together with other agencies as well as interested non-governmental organizations, particularly political organizations. The UNFPA should continue to support a worldwide programme aimed at the integral development of men and women, with economy at their service, thus improving the quality of human life.

Vienna, 17 June 1986

Die Presse

Unabhängige Tageszeitung für Österreich

Mittwoch, 18. Juni 1986

Wien: UNFPA beriet Bevölkerungsfragen Parteieninternationale als Botschafter

Eigenbericht der „Presse“

WIEN (a. s.). Mit einer gemeinsamen Erklärung der 27 Teilnehmer, in der eine weiter verstärkte internationale Kooperation auch mit nicht-staatlichen Organisationen angeregt und auf das Mißverhältnis zwischen Entwicklung und Bevölkerungswachstum hingewiesen wird, ist gestern in Wien ein zweitägiges Round-Table-Gespräch des Fonds der Vereinten Nationen für Bevölkerungsfragen (UNFPA) zu Ende gegangen. Bereits zum zweiten Mal nahmen an solch einem Treffen Vertreter der Parteieninternationalen (Christdemokraten, Konservative, Liberale und Sozialdemokraten) teil.

„Vor zehn Jahren wäre so ein Treffen noch nicht möglich gewesen“, sagte UNFPA-Exekutivdirektor Rafael M. Salas am Montagabend bei einem Vortrag in der Wiener Akademie der Wissenschaften, weil mangels wissenschaftlicher Aufarbeitung das Problem der Bevölkerungsentwicklung noch wenig präsent war und zu kontroversiell behandelt wurde. „Viele afrikanische Staaten hatten gar keine Ahnung, wie viele Frauen es in ihrem Land überhaupt gibt. Woher also sollten

sie etwas über Bevölkerungsentwicklung wissen?“ Inzwischen ist durch Initiativen der UNEPA der demoskopische Bereich und damit das Bewußtsein für die Bevölkerungsproblematik weit fortgeschritten.

Die Zahlen stehen ja für sich: Auch wenn die Wachstumsraten prozentuell langsam im Sinken begriffen sind (von 2,04 Prozent zu Beginn der sechziger Jahre auf derzeit 1,67 Prozent und wahrscheinlich 1,5 Prozent zu Ende des Jahrtausends), steigen die absoluten Wachstumswahlen konsequent. Jährlich leben auf der Welt um 80 Millionen Menschen mehr (im kommenden Jahr wird die Fünf-Milliarden-Grenze erreicht), im Jahr 2000 wird die Steigerung 90 Millionen Menschen per annum betragen, und spätestens zu Ende des 21. Jahrhunderts werden zehn Milliarden Menschen auf der Erde leben. Alleine in Afrika, wo die landwirtschaftliche Produktion nicht mit der Bevölkerungsexplosion Schritt hält, wird die Bevölkerung von derzeit 560 Millionen bis zur Jahrhundertwende um mehr als die Hälfte anwachsen.

Die Konzentration des UNFPA gilt nicht nur der Familienplanung und der Förderung der De-

moskopie, sondern den aus der Bevölkerungsexplosion wachsenden Problemen. Etwa der Gesundheitsversorgung (das Propagieren der Kleinfamilie ist mangels Versorgung für Mutter oder Kind zum Scheitern verurteilt) oder dem Wachstum der Städte, das vergleichsweise doppelt so schnell vor sich geht wie das der Bevölkerung - bereits im Jahr 2000 wird ein Drittel der in Entwicklungsländern in ländlichen Gebieten wohnenden Bevölkerung in Städten leben, von denen bereits sechs mehr als 15 Millionen Einwohner haben werden.

Die Situation der Frau, das Altern und Bevölkerungsverchiebungen waren weitere Themen des Treffens mit dem Titel „Die Herausforderung der Bevölkerungsproblematik“, das nicht konkreten Beschlußfassungen, sondern der Weiterleitung der erörterten Punkte durch die Parteieninternationalen an die einzelnen Regierungen und Parteien diene. Im Schlußdokument wurde, trotz des Wunsches nach verstärkter internationaler Zusammenarbeit, neuerlich deutlich auf den UNFPA-Grundsatz der Souveränität der einzelnen Staaten in der Bevölkerungsplanung hingewiesen.

Wiener Zeitung

Mittwoch, 18. Juni 1986

Nummer 140

Telefon (0 22 2) 78 76 31

Weiter über Bevölkerungsfragen reden

UNFPA-Round-table: Menschenrechte und nationale Souveränität sind zu respektieren

Von Jacqueline Thalberg

Probleme der Bevölkerung, Entwicklung und des Friedens sind eng miteinander verbunden. Das Ungleichgewicht zwischen dem Entwicklungsprozeß und dem Bevölkerungswachstum ist eines der größten Mitfaktoren für inhumane Lebensumstände in vielen Teilen der Welt. Der Erfolg von Bevölkerungsprogrammen ist abhängig davon, ob und wie sie von den betroffenen Männern und Frauen akzeptiert werden. Die Menschenrechte und nationale Souveränität sind in Bevölkerungsfragen stets zu respektieren. Dies sind einige Grundsätze, auf die sich gestern zum Abschluß des Round-table des UN-Fonds für Bevölkerungsfragen (UNFPA) die Vertreter der vier Internationalen in Form einer Erklärung einigten. Wichtiger als konkrete Forderungen und Vorschläge war bei diesem Treffen, daß sich Vertreter politischer Parteien aus Industrie- und Entwicklungsländern über die Bevölkerungsfrage zusammensetzten und ihre Meinungen austauschten.

In der Abschlußerklärung wird aber auch eine engere multilaterale Zusam-

menarbeit bei Problemen der Bevölkerungsentwicklung gefordert, was einerseits durch den UNFPA, aber auch durch andere Institutionen sowie politische und nichtstaatliche Organisationen erfolgen soll. In einer Pressekonferenz stellte UNFPA-Leiter Rafael M. Salas gestern fest, daß in diesen Fragen natürlich die Aufmerksamkeit der Regierungen aber auch der politischen Parteien notwendig sei. Der Fonds werde nun weitere Treffen auf internationaler Parteebene abhalten, wobei man auch das Umweltthema durchaus miteinbeziehen könne. Auch werde man die Kommunisten und Grünparteien zu solchen Diskussionen einladen.

Diesmal trafen sich Vertreter der vier größten internationalen Parteiorganisationen — der Sozialisten, Christliche-Demokraten, Liberalen und Konservativen. Obwohl der Fonds sich auch mit Fragen des Alterns, der Familienplanung, Bevölkerungverschiebungen, Verstärkung sowie der Rolle und Situation der Frauen widmet, konzentrierte sich das Round-table-Gespräch in Wien darauf, wie

man politisch an das sensible Bevölkerungsthema herangeht. Naturgemäß kam es dann auch zu einem grundsätzlichen Meinungsaustausch über Entwicklungspolitik.

Der Liberale-Vertreter und Vorsitzende der (oppositionellen) Demokratischen Partei Senegals, Abdoulaye Wade, vertrat in seinem Beitrag die Auffassung, daß es in seinem und in anderen afrikanischen Ländern keine Überbevölkerung gebe, vielmehr mangle es an ökonomischen Voraussetzungen, die vorhandene Population zu ernähren. Er wandte ein, daß vielfach Regierungen die Bevölkerung nicht über Wirtschafts- und Bevölkerungsprobleme in ihrem Land informieren — der Grund dafür liege in der Angst vor den nächsten Wahlen. Als Liberaler vertrat er die Ansicht, daß das Bevölkerungsproblem nicht mit einer umfassenden und globalen Behandlung zu lösen sei, sondern „auf der Ebene der betroffenen Menschen“. Allgemein meinte der Afrikaner, Entwicklung und eine gerechte Verteilung der Mittel seien Fragen der Demokratisierung und eines demokratischen Systems in den Entwicklungsländern.

www.archiv.at